



## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 20. September 2017

TOP14: Errichtung eines Hauses der Landesgeschichte (Drs. 19/83)

Martin Habersaat:

## Die unendliche Geschichte des Hauses der Landesgeschichte

Bereits am 12. Dezember 1913 beschloss der Stormarner Kreistag, ein Kreismuseum in Bad Oldesloe zu errichten. Umgesetzt wurde der Beschluss nie.

In den 1990er-Jahren wurde das Vorhaben erneut diskutiert. Allerdings konnte sich die CDU zu einer Befürwortung nur durchringen, wenn ein solches Museum den Kreis kein Geld kostete.

Dem Haus der Landesgeschichte ging es ähnlich, seine Geschichte tendiert auch dazu, eine unendliche zu werden:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende 2001 im Landtag ein Konzept zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ unter besonderer Berücksichtigung der neueren und Zeitgeschichte vorzulegen und darzustellen, wie die Einbindung in die schleswig-holsteinische Museumslandschaft gestaltet werden kann. Ebenfalls sollen Aussagen getroffen werden über Trägerschaft, Kooperationsmöglichkeiten, Mitwirkung des Landesmuseumsamtes und des Museumsverbandes und Zeitplan.“

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Diesen Antrag hat der Schleswig-Holsteinische Landtag am 22. Februar 2001 einstimmig angenommen.

Und wo sind wir nach sechzehneinhalb Jahren? Bei einem Büchlein mit rund einhundertachtzig Seiten, von denen der Landtag vielleicht noch einige Archivstücke übrig hat, immerhin mit Konzepten der Bewerberstädte Schleswig, Kiel, Büdelsdorf und Rendsburg.

Der landesweite Kulturdialog, den Ministerin Anke Spoorendonk initiierte, war da schon zurückhaltender. In den „Kulturperspektiven für Schleswig-Holstein“ ist noch die Rede davon, „die Vermittlungsarbeit der eigenen Geschichte mit Hilfe historischer Orte (zu) verstärken. Besonders Augenmerk richtet (die Landesregierung) dabei auf die Stätten, die das Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wachhalten. Außerdem stellt sie sich der besonderen Verpflichtung, die NS-Geschichte des Landes aufzuarbeiten, und wird dazu Vermittlungsarbeit an authentischen Orten ermöglichen.“

Das große zeitgeschichtliche Projekt eines authentischen Lernorts ist in den letzten Jahren die Neulandhalle in Dithmarschen gewesen, für deren Erhalt sich eine Lösung abzeichnet. Die Neulandhalle ist in ihrer Struktur und in ihrer Lage allerdings als landesweites Haus der Geschichte eher ungeeignet.

Ein anderes großes Museumsprojekt, das in den letzten Jahren erweitert worden ist, ist das Freiluftmuseum Molfsee. Wir sollten nicht ausschließen, dass die in diesem Zusammenhang geschaffenen räumlichen Kapazitäten für eine Erweiterung dieses volkskundlichen Museums zu einem Haus der Landesgeschichte genutzt werden können.

Wir haben in unserem Wahlprogramm bemängelt, dass die Aufarbeitung und Darstellung der Landesgeschichte bei weitem noch nicht abgeschlossen ist und dass wir sie fortsetzen wollen. Wir haben „Landesausstellungen an unterschiedlichen Orten in Schleswig-Holstein“ in die Diskussion gebracht.

Die Koalition will ein Konzept für ein „Haus der Schleswig-Holsteinischen Landesgeschichte“ in einem bestehenden Museum vorbereiten.

Wenn es hier um einen Prüfauftrag für die Realisierung eines „Hauses der Geschichte“ in den nächsten Jahren geht, verstehe ich das Wort „prüfen“ als ergebnisoffen. Auch wenn die Küstenkoalition ihren Nachfolgern nicht nur die Finanzministerin, sondern auch einen konsolidierten Haushalt hinterlassen hat, ohne ich, dass die CDU in Schleswig-Holstein nicht viel anders an das Thema herangehen wird als die CDU in Stormarn.

Wenn die Prüfung aber ergibt, dass ein Haus der Geschichte mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand realisiert werden kann, das den Standards an eine solche Einrichtung entspricht, und wenn die Koalition an einer Mehrheit dafür mitwirkte, wären wir darüber sehr glücklich.

Wir werden dem Antrag des SSW deshalb zustimmen.

Das ist beim Koalitionsantrag so leider nicht möglich. Obwohl es bestimmt gelänge, im Ausschuss eine gemeinsame Fassung zu erarbeiten, weshalb wir auch einer Überweisung nicht abgeneigt wären.